

# NIEDERSCHRIFT

ÜBER DIE

ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES

DER STADT BURGHAUSEN

IM HELMBRECHTSAAL DES STADTSAALGEBÄUDES

AM 10.04.2019

**FOLGENDE 23 STADTRAT-MITGLIEDER SIND ANWESEND:**

**Erster Bürgermeister**

Herr Hans Steindl

**Zweite Bürgermeisterin**

Frau Christa Seemann

**Dritter Bürgermeister**

Herr Norbert Stranzinger

**Stadtrat**

Frau Sabine Bachmeier

Herr Norbert Englisch

Herr Helmut Fabian

Herr Alex Gassner

Frau Doris Graf

Herr Franz Kamhuber

Herr Roland Resch

Herr Norbert Stadler

Frau Dagmar Wasserrab

Herr Rupert Bauer

Herr Dr. Markus Braun

Frau Isabelle Brodschelm

Herr Bernhard Harrer

Herr Gerhard Hübner

Herr Paul Kokott

Herr Dr. Gerfried Schmidt-Thrö

Herr Peter Schacherbauer

Frau Anna Spindler

Herr Gunter Strebel

Herr Dr. Klaus Blum

**Berichterstatter**

Herr Michael Bock

Herr Alfred Eiblmeier

Frau Ursula Hauser

Herr Max Hennersperger

Herr Manfred Winkler

**Protokollführer**

Herr Christian Edenhoffer

**ENTSCULDIGT ABWESEND:**

**Stadtrat**

Herr Hartmut Strachowsky           beruflich verhindert

Herr Stefan Angstl                   ortsabwesend

Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl eröffnet um 14:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Stadtrates. Herr Erster Bürgermeister Hans Steindl stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird genehmigt. Die vorgetragenen Entschuldigungen werden anerkannt.

Mit allen 23 Stimmen

*Vor Eintritt in die Tagesordnung stellen sich die beiden neuen, vom Stadtrat bestellten, Behindertenbeauftragten Frau Elke Zellner und Herr Stephan Aigner vor.*

## **T a g e s o r d n u n g s p u n k t e :**

- 1. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 13. März 2019**
- 2. Bau- und Grundstücksangelegenheiten**
  - 2.1. Bauantrag durch die Schenavsky + Pemper GmbH & Co.KG zur Erweiterung des bestehenden Geschäftsgebäudes "Kaufland" auf den Grundstücken Fl.-Nrn. 1304/0, 1303/0 und 1302/0, Gemarkung Raitenhaslach in Lindach 10;  
Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung nach Art. 37 Abs. 3 Satz 2 Gemeindeordnung
  - 2.2. Erweiterung der PKW-Parkplatzflächen an der Bushaltestelle Marienberger Straße - F.X.Gruber Schule
  - 2.3. Vorstellung Projekt "Haus der Familie"
  - 2.4. Vorstellung/Planungsstand Parkgarage Zaglau
  - 2.5. Vorstellung Masterplan "Neue Mitte" Neustadt
- 3. Finanzangelegenheiten**
  - 3.1. Vorbereitung des Rechnungsabschlusses 2018
  - 3.2. Heilig-Geist Spitalstiftung; Jahresabschluss 2017
- 4. Sonstiges**
  - 4.1. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Trinkwasserschutz: Minderung von Nitrateinträgen in der Modellregion Burghausen/Burgkirchen - digitales Stickstoffmanagement und sensorgestützte Düngung - Vorstellung Prof. Dr. Hülsbergen / TU München
  - 4.2. Bestätigung des Kommandanten der freiwilligen Feuerwehr Burghausen und seines Stellvertreters

### **Anfragen/Sonstiges**

1. (Teil-)Schließung der Notaufnahme am Krankenhaus Burghausen
2. Übersicht über EU-geförderte Projekte
3. Wacker Worldwide Magazin / Straßensanierung
4. Haus der Familie und Parkgarage Zaglau / Vergabe Projektbetreuung und Projektüberwachung
5. Bücherflohmarkt zugunsten des Frauen helfen Frauen e. V.
6. ehem. Molkerei-Grundstück - Kunstwerk Bilderrahmen
7. Veranstaltungen Ankersaal / Resonanz

1. **Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtrats-Sitzung vom 13. März 2019**

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die vorstehende Niederschrift, welche in Abdruck den Stadratsmitgliedern zugeleitet wurde, wird gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

Mit allen 23 Stimmen

2. **Bau- und Grundstücksangelegenheiten**

2.1. **Bauantrag durch die Schenavsky + Pemper GmbH & Co.KG zur Erweiterung des bestehenden Geschäftsgebäudes "Kaufland" auf den Grundstücken Fl.-Nrn. 1304/0, 1303/0 und 1302/0, Gemarkung Raitenhaslach in Lindach 10; Bekanntgabe einer dringlichen Anordnung nach Art. 37 Abs. 3 Satz 2 Gemeindeordnung**

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

**Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:**

Von diesem Bericht wird zustimmend Kenntnis genommen.

Mit allen 23 Stimmen

2.2. **Erweiterung der PKW-Parkplatzflächen an der Bushaltestelle Marienberger Straße - F.X.Gruber Schule**

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

*Laut Herrn Stadtrat Englisch wurde die Planung so ausgearbeitet, um auf der vorhandenen Fläche die optimale Anzahl an Pkw-Stellplätzen zu erhalten. Die Sicherheit der Schüler wurde dabei jedoch nicht ausreichend beachtet. Die Bushaltestelle wäre breit genug, um hier Schrägparkplätze für Pkws auszuweisen. Zusätzlich könnten an der Marienberger Straße Längsparkplätze markiert werden. Dies würde auch die Sicherheit für die Schüler erhöhen, da sie nicht zwischen parkenden Pkws durchgehen müssen, um in die Busse einsteigen zu können. Mit diesem Vorschlag ließen sich ca. 25 – 26 Parkplätze realisieren. Sollten zusätzliche Parkplätze benötigt werden, könnten im Bereich der E-Ladestation weitere Stellplätze ausgewiesen werden.*

*In diesem Zusammenhang bittet Herr Dritter Bürgermeister Stranzinger darum, die Ampelanlage in der Mozartstraße bei der Hans-Kammerer-Schule wieder in Betrieb zu nehmen.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl erwidert, dass die Vorkehrung getroffen werden sollen, um eine Druckknopfampel errichten zu können.*

*Herr Stadtrat Englisch ergänzt, dass eine Leuchtanzeige angebracht werden soll, die bei entsprechender Geschwindigkeit optisch mit der Anzeige eines lachenden oder traurigen Smileys unterstützt wird. Dieselbe Leuchtanzeige soll auch auf Höhe des neuen Sportkindergartens errichtet werden. Sollten sich die Leuchtanzeige nicht bewähren, müsste sicherlich eine Ampelanlage errichtet werden. Evtl. könnte auch überlegt werden, zu bestimmten Zeiten Schulweglotsen einzusetzen.*

**Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.**

Mit allen 23 Stimmen

### 2.3. Vorstellung Projekt "Haus der Familie"

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

*Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl beschäftigt man sich seit mehreren Jahren sehr intensiv mit einem Familienhaus-Neubau. Das Gebäude soll direkt neben dem Bürgerhaus errichtet werden. Das Grundstück hinter der Sparkasse wurde daher bewusst frei gelassen. Durch den Standort besteht die Möglichkeit, das Gebäude mit dem Bürgerhaus zu verbinden. In den Kellerräumen des Bürgerhauses sind keine freien Lagerflächen mehr vorhanden. Mit der Verbindung des Haus der Familie können zusätzliche Lagerflächen gewonnen werden. Da das Haus der Familie ein Baustein in der Neugestaltung des Neustadt-Zentrums gesehen wird, soll hier auch kein reines Bürogebäude errichtet werden. Nur ganz bestimmte Einheiten sollen geschlossene Büroräume bekommen. Das neue Haus der Begegnung soll ein Zentrum für Jung und Alt werden. Außerdem soll es Anlaufstelle für Beratungssuchende sein. Da die Stadt eine Förderung über das Programm der Städtebauförderung „Stärkung der Stadtmitte, Stärkung von kommunikativen Zentren“ in Anspruch nehmen möchte, müssen die Vergabebestimmungen (u. a. europaweite Ausschreibung) eingehalten werden. Daher kommt es zu einem gewissen Zeitverzug von 2 – 3 Monaten, sodass mit einem Baubeginn im September zu rechnen ist. Die Aktuelle Kostenschätzung beläuft sich auf ca. 5,5 Mio. €.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl begrüßt Frau Bruckmayer (H2M Architekten + Ingenieure GmbH, München), die die Planung vorstellt (auf beigefügte Anlage wird verwiesen).*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl bedankt sich für die Ausführungen. In sämtlichen Vorgesprächen wurde auch Frau Stadträtin Graf (Familienreferentin) mit eingebunden. Großer Wert soll darauf gelegt werden, dass das Haus eine gewisse Eigenständigkeit hat und als Magnetfunktion dient. Im neuen Haus der Familie sollen sich alle Gruppen der Kontakt-, Beratungs-, Hilfestellungssuchenden zusammenfinden. Das Haus wird deshalb auch bewusst offen in Szene gesetzt. Die Verlagerung des Kindernestes in das Haus der Familie schafft weitere Raummöglichkeiten im Bürgerhaus, die für Seminare und andere Veranstaltungen dann besser genutzt werden könnten. Mit dem neuen Mehrzweckraum kann auch die jetzige Belegungssituation im Bürgerhaus entlastet werden. Seitens der Stadt Burghausen wurde bewusst die Größenordnung vorgegeben, um ein modernes und funktionales Haus zu erhalten.*

*Für Frau Stadträtin Graf ist es sehr erfreulich ist, dass das Projekt „Haus der Familie“ verwirklicht wird. Die Planung ist sehr gut ausgearbeitet worden. Bei dem neuen Haus soll es sich um ein flexibles Haus handeln. In Verbindung mit dem Kindernest soll auch ein Bereich für Co-Working (Väter und Mütter können im Haus arbeiten während die Kinder im Kindernest betreut werden) eingerichtet werden. Dieser wird auch sicherlich gut angenommen. Ganz wichtig wird im Haus der Familie die Bürgerinsel sein. Ebenfalls mit untergebracht sind der Kinderschutzbund, die Schwangerschaftsberatung, die Schuldnerberatung, die Brücke, die Sprachwerkstatt, der Internationale Club, die Migrationsberatung, die Wohnungsberatung und das Hausbüro mit zentraler Anmeldestelle für Kindergärten und Kinderkrippen. Durch die vielen unterschiedlichen Einrichtungen entstehen großartige und wichtige Synergieeffekte. Das Haus der Familie soll für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Burghausen da sein. Die Kosten von 5,5 Mio. € sind zwar hoch, aber sicherlich sehr gut investiert.*

*Herr Stadtrat Englisch ist der Ansicht, dass als Hauptzugang der Eingang beim Bürgerplatz genutzt wird und daher zwei so große Eingänge nicht benötigt werden. Der Eingang im Norden könnte daher verkleinert werden oder komplett entfallen. Evtl. könnten dadurch die Räumlichkeiten der Bürgerinsel vergrößert werden.*

*Die Frage von Frau Stadträtin Bachmeier, ob der Haus komplett barrierefrei errichtet wird, bejaht Frau Bruckmayer. Alle öffentlichen Neubauten müssen die Barrierefreiheit mit den entsprechend gesetzlichen Vorgaben erfüllen.*

*Da das Haus sehr sonnenseitig ausgerichtet ist, befürchtet Frau Stadträtin Bachmeier, dass sich die Räume zu stark aufheizen. Sie fragt nach, ob eine Klimaanlage oder entsprechende Belüftung der Büros angedacht ist. Zudem könnte sich aufgrund der metallischen Außenfassade auch das Gebäude entsprechend aufheizen.*

Frau Bruckmayer erwidert, dass eine kontrollierte Be- und Entlüftung aller Bereiche geprüft wird. Dies ist vor allem bei dem großen Seminarraum (für ca. 100 Personen) zwingend notwendig, um die Lufthygiene einhalten zu können. Zudem wird untersucht, ob dies hinsichtlich der Kosten auch für die Büroräume möglich ist. Hinsichtlich des sommerlichen Wärmeschutzes gibt es mittlerweile auch klare Vorgaben, die erfüllt werden müssen. Bei den Büroeinheiten wird daher auch ein außenliegender Sonnenschutz angebracht. Die Metallfassade hat auf die Temperatur im Gebäude keine Auswirkung, da diese mit dem eigentlichen Baukörper nicht verbunden ist.

Herr Stadtrat Schacherbauer sieht das Haus der Familie nachwievor nicht an der richtigen Stelle angesiedelt und weist darauf hin, dass in dem Haus auch Beratungsstellen untergebracht werden sollen, die eine gewisse Schutzzone benötigen (z. B. Frauen helfen Frauen, Ausländer-, Drogen-, Schuldner- und Familienberatung). Dies sollte in der Raumplanung entsprechend berücksichtigt werden.

Frau Stadträtin Spindler stimmt ihrem Vorredner zu. Die Anonymität der Beratungssuchenden sollte gut berücksichtigt werden. Es sollte darauf geachtet werden, dass nicht sofort ersichtlich ist, welche Stelle von den jeweiligen Personen aufgesucht wird.

Herr Erster Bürgermeister Steindl entgegnet, dass nicht gewollt ist, dass Büros für gewisse Teilbereiche über einen längeren Zeitraum abgeschlossen werden und ungenutzt bleiben. Aufgrund des angedachten, flexiblen Nutzungskonzept der Räumlichkeiten müssen die Büroräume (bis auf wenige Ausnahmen) von den verschiedenen Gruppen gemeinsam genutzt werden.

Herr Stadtrat Strebel sieht das Haus der Familie an der angedachten Stelle richtig situiert. Wichtig ist die angedachte flexible Nutzung und dass alle Bereiche untergebracht werden.

Herr Stadtrat Harrer erkundigt sich nach der Gestaltung des Flachdachs inkl. dem Dachaufbaus, angedachten Be- und Entlüftung (keine Kühlung, nur Sauerstoffaustausch) und ob durch die Verlegung des Kindernestes die Eingangssituation des Bürgerhauses entlastet werden kann. Zudem sollte mit der Erweiterung der Lagerflächen auch ein Lagerungskonzept aufgestellt werden.

Frau Bruckmayer erwidert, dass das Dach als Flachdach konstruiert ist und eine extensive Begrünung erhalten soll. Frau Bruckmayer weist darauf hin, dass die Technik Bestandteil der Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) ist. Ob zusätzlich zur kontrollierten Be- und Entlüftung eine Kühlung installiert werden soll, muss geprüft werden. Die unterschiedlichen Konzepte werden hinsichtlich der kostentechnischen Realisierbarkeit untersucht.

Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass aufgrund des damaligen Architektenwettbewerbs die Fassade des Bürgerhauses nicht beliebig veränderbar ist. Angedacht ist, im Rahmen der Dachsanierung den Cafe-Ausgang auf die Terrasse zu verbreitern. Nach Umzug des Kindernestes könnte der jetzige Zustand dieses Halbgeschosses baulich angepasst bzw. verbessert werden.

Herr Stadtrat Kokott weist darauf hin, dass die Klimatisierung beim Bau des Bürgerhauses aus Kostengründen eingespart wurde und später teuer nachgerüstet werden musste. Herr Stadtrat Kokott spricht sich dafür aus, bei diesem Neubau die Klimatisierung nicht einzusparen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl entgegnet, die Lüftung in den Vorgesprächen thematisiert wurde. Das Büro hat hierfür zwei Möglichkeiten (vollautomatische Be- und Entlüftung und abgestufte Be- und Entlüftung) vorgeschlagen. Eine vollautomatische Be- und Entlüftung im gesamten Gebäude wurde von Seiten der Verwaltung als nicht notwendig erachtet. Zudem wäre diese Lösung wesentlich teurer.

Für Frau Zweite Bürgermeisterin Seemann ist die Planung architektonisch gut gelungen. Das Haus entspricht den Bedürfnissen der Burghauser Bürger. Alle Gruppierungen waren bei der Planung beteiligt und es wurden keine Bedenken hinsichtlich der unzureichenden Anonymität geäußert.

*Nach Ansicht von Herrn Stadtrat Kammhuber wertet das Haus der Familie gerade an dieser Stelle die zentrale Mitte in der Neustadt mit Bürgerhaus, Bürgerplatz und Stadtpark noch weiter auf. Zudem können die verloren gegangenen Synergieeffekte wieder neu geschaffen werden, wenn die Einrichtungen wieder in einem Haus zusammen untergebracht sind. Die Raumplanung wurde hier zusammen mit den Einrichtungen gut abgestimmt. Herrn Stadtrat Kammhuber gefallen die großzügigen Foyerflächen im Erd- und Obergeschoss, die als gemeinsame Begegnungsflächen außerhalb der Büro- und Tagungsräume eine wertvolle Funktion haben. Herr Stadtrat Kammhuber fragt nach, ob man das Gebäude ggf. zu einem späteren Zeitpunkt aufstocken könnte und ob schon Planungen bestehen, wie vom Kindernest aus der Stadtpark genutzt werden kann.*

*Frau Bruckmayer erwidert, dass der Wunsch nach einer Aufstockung jetzt schon vorgegeben werden müsste, damit diese zu einem späteren Zeitpunkt auch wirtschaftlich realisiert werden kann.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass die Nagelfluwand so nicht bestehen bleiben kann und in Teilbereichen geöffnet werden muss. Dadurch entsteht ein flexibler Zugang zum Nebelwald, der dann auch mehr integriert wird.*

*Herr Stadtrat Resch regt an, bei dem Verbindungsgang zwischen Bürgerhaus und Haus der Familie zu prüfen, ob auch ein Zugang zur Tiefgarage realisiert werden kann. Zudem sollte der Neubau statisch so ausgelegt werden, dass eine Aufstockung zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist.*

*Nach Ansicht von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl lässt sich ein Zugang zur Tiefgarage nicht realisieren, da diese zu weit vom Gebäude entfernt liegt und man hierfür einen zu großen Bereich untergraben müsste.*

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgestellte Planung bis einschließlich Leistungsphase 7 weiter zu entwickeln und die erforderlichen stufenweisen Beauftragungen an die Planer zu erteilen.

Die Baukosten sind ohne Freimachung des Baufelds, ohne Kosten für die Einrichtungsgegenstände, ohne Außenanlagen und ohne Kosten für die Anbindung an das Bürgerhaus derzeit auf 5 Mio Euro brutto veranschlagt.

Die Kosten für die Anbindung an das Bürgerhaus werden mit ca. 400.000,00 Euro brutto zu Buche schlagen.

Erläuterung der Leistungsphasen:

- Leistungsphase 1, Grundlagenermittlung (3%)
- Leistungsphase 2, Vorplanung (7%)
- Leistungsphase 3, Entwurfsplanung (11%)
- Leistungsphase 4, Genehmigungsplanung (6%)
- Leistungsphase 5, Ausführungsplanung (25%)
- Leistungsphase 6, Vorbereitung der Vergabe (10%)
- Leistungsphase 7, Mitwirkung bei der Vergabe (4%)
- Leistungsphase 8, Objektüberwachung (31%)
- Leistungsphase 9, Objektbetreuung und Dokumentation (3%)

Mit allen 23 Stimmen

#### 2.4. Vorstellung/Planungsstand Parkgarage Zaglau

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl wurden bzgl. der Planung noch letzte Abstimmungsgespräche mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege geführt. Das Denkmalamt hatte Bedenken hinsichtlich der Höhe, der Dachlandschaft und der Einbindung des Gebäudes zwischen dem Seminargebäude des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums und der Turnhalle der Maria-Ward-Realschule. Daraufhin wurden entsprechende Umplanungen vorgenommen. Die Höhe wurde der Traufhöhe des bestehenden Kolleggebäudes angeglichen. Als Dachlandschaft ist nun ein aufgelöstes Holzdach in Lammellenstruktur geplant. Der Abstand zum Seminargebäude beträgt nun 16 m. Die Deckenhöhe beträgt 2,10 m, die Stellplatzbreite 2,50 m. Die Garage wird säulenfrei ausgeführt. Aufgrund der offenen Fassadengestaltung können die Kosten für eine Lüftungsanlage eingespart werden. Da nach jetzigem Planungsstand die Sohle der Stützmauer geringfügig unterschritten werden soll, ist ein statisches Gutachten der Mauer zu erstellen. Dieses Gutachten ist bereits in Auftrag gegeben. Die Gesamtkosten der Garage belaufen sich auf ca. brutto 4 Mio. € für insgesamt 152 Stellplätze (80 zusätzliche Stellplätze zum jetzigen Bestand). Die Parkgarage ist dringend notwendig, da die Nachfrage der Stadtplatz-Anwohner an Stellplätzen nicht mehr bedient werden kann. Es gibt auch keine andere Möglichkeit, im nördlichen Teil des Stadtplatzes weitere Stellplätze zu schaffen. Mit der Parkgarage könnten verschiedene Nutzer (Theater- und Konzertbesucher, bis zum Mieter und Hauseigentümer) bedient werden. Die Errichtung der Parkgarage sollte jetzt engagiert angegangen werden, um den Zaglau-Bereich in der Sanierung abschließen zu können. Nicht beabsichtigt ist, einen Förderantrag bei der Regierung von Oberbayern (Städtebauförderung) für die Errichtung der Parkgarage zu stellen, da dann von Seiten der Regierung auch die Nutzung der Garage vorgeschrieben werden würde. Man will hier jedoch flexibel in der Zuteilung der Stellflächen bleiben. Vorteil ist auch, dass die Ausschreibungen umgehend vorbereitet werden können, um das Projekt schnell zu realisieren.

Herr Markert (Architekten Karl + Markert, Burghausen) stellt die Planung vor (auf beigefügte Anlage wird verwiesen).

Herr Stadtrat Dr. Schmidt-Thrö fragt nach, ob die Rampen mit einer Breite von 7,50 m ausgeführt werden müssen.

Herr Markert bejaht dies. Zum einen müssen die Radien eingehalten werden, um die Auf- und Abfahrt zu gewährleisten. Zum anderen muss ein Fußweg ausgewiesen werden.

Auch Herr Erster Bürgermeister Steindl hat die Breite der Fahrbahn und Rampen angemerkt. Es soll nochmals überprüft werden, ob für eine Quartiersgarage eine so opulente Zufahrtssituation notwendig ist. Unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften soll die größtmögliche Anzahl an Stellplätzen untergebracht werden.

Herr Stadtrat Gassner fragt nach, ob auch Stellplätze für E-Fahrzeuge vorgesehen sind und wo ob in der Parkgarage auch Toiletten errichtet werden sollen.

Herr Erster Bürgermeister Steindl bestätigt, dass auch die E-Mobilität berücksichtigt werden soll. Vorstellbar wäre, auch Elektrofahrzeuge zur Vermietung anzubieten. Eine öffentliche Toilettenanlage soll in den Räumlichkeiten der ehem. VHS-Küche (Kanzelmüllerstraße, BuWoG-Gebäude) installiert werden.

Herr Stadtrat Dr. Blum weist auf die halboffene Bauweise der Garage hin und fragt nach, ob sich hier der Schall auf die umliegenden Unterrichtsräume des Kurfürst-Maximilian-Gymnasiums auswirken könnte.

Laut Herrn Markert wird noch untersucht, ob die Fassade zum Seminargebäude hin noch mehr geschlossen werden müsste, auch um ggf. die Einsicht zu reduzieren.

Frau Stadträtin Spindler hält es für fraglich, die sehr hohen Kosten von 50.000 € je Stellplatz zu investieren, wenn davon auszugehen ist, dass auch die zusätzlichen Stellplätze bei Altstadt-Veranstaltungen nicht ausreichen. Es müsste zudem ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung inkl. Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs aufgestellt werden. Ziel sollte sein, dass die Konzert- und Theaterbesucher nicht mehr mit dem Auto in die Altstadt fahren, sondern zu Fuß laufen oder mit dem Bus fahren.



*Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Harrer erwidert Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass lediglich der Fluchtweg errichtet wird und kein Verbindungsweg zum Ludwigsberg angedacht ist.*

*Herr Stadtrat Strebel hält den Zeitpunkt für diese Diskussion für falsch. In der Stadtratssitzung am 13.02. wurde die kostenlose Nutzung des City-Busses am Wochenende beschlossen und heute wird über die Errichtung einer Hochgarage in der bereits verdichteten Altstadt, im Umfeld eines Schulcampus und Kindergarten diskutiert. Dies kann Herr Stadtrat Strebel nicht nachvollziehen. Noch dazu ist davon auszugehen, dass die Parkgarage nicht als reine Quartiersgarage ausgewiesen wird. Da die Garage auch von Veranstaltungsbesuchern genutzt werden soll, wird das Parkplatzangebot in der Altstadt erweitert und die Nutzung des City-Busses konterkariert. Herr Stadtrat Strebel stellt es zudem in Frage, ob aufgrund des jetzt schon knappen Parkplatzangebots die Stellplätze in der Kanzelmüllerstraße wegfallen können.*

*Für Herrn Ersten Bürgermeister Steindl ist entscheidend, dass eine Verbesserung des gesamten Umfelds geschaffen wird. Der Nutzeffekt der Parkgarage allein ist hier nicht ausschlaggebend. Nicht außer acht gelassen werden darf, dass durch die Nutzung der Parkgarage auch der Gymnasiums-Innenhof autofrei wird und dieser dann dem Gebäudeteil entsprechend gestaltet werden kann. Mit der Unterbringung der Autos in der Parkgarage kann auch die gesamte Kanzelmüllerstraße beruhigt werden. Es gab in der Vergangenheit verschiedene Lösungsansätze, die jedoch nicht zielführend waren oder um ein Vielfaches teurer zur jetzigen Lösung gewesen wären.*

*Frau Stadträtin Brodschelm bittet als direkt betroffene Stadtplatzbewohnerin darum, dass man die Errichtung der Parkgarage auch zur Neuordnung der Parkplätze nutzt. Zum Wegfall der gesamten Parkplätze in der Kanzelmüllerstraße sieht sie keine Alternative.*

*Für Frau Zweite Bürgermeisterin Seemann ist die Parkgarage notwendig und auch städtebaulich eine gute Lösung. Wichtig ist, dass die Fassadengestaltung gut gelingt.*

*Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Kamhuber entgegnet Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass das Projekt aufgrund fehlender Alternativen nicht weiter aufgeschoben werden soll und daher zur Realisierung freigegeben werden soll. Das Projekt ist bereits mit 2 Mio. € im Haushalt anfinanziert – die Gesamtkosten können auf die Haushalte 2019 und 2020 verteilt werden. Andere Maßnahmen wurden dagegen aufgrund der zu erwartenden Finanzsituation zurückgestellt:*

- Hallenbad-Ausbau (Einsparung ca. 10 Mio. €)  
nur die Erweiterung des Solebeckens wird im Jahr 2019 realisiert
- Burgaufzug (7 – 8 Mio. €)
- Sanierung des ehem. Athanor-Gebäudes auf der Burg (6 – 7 Mio. €)

*Zudem könnte man noch auf weitere Finanzreserven zurückgreifen.*

#### **Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgestellte Planung weiter voran zu treiben. Die Verträge für die Projektanten sind zu versenden.

Öffentliche Mittel aus den Programmen z.B. Städtebauförderung werden nicht beantragt, da hier Auflagen für die Bewirtschaftung zu erwarten sind (sh. hierzu auch beschlussmäßige Behandlung in der Stadtratssitzung am 09.01.2019 „Anträge vorzeitiger Maßnahmenbeginn Reg. Oberbayern für Projektplanungen 2019“).

Die Beauftragung der Büros bis zur Leistungsphase 7 ist durch die Verwaltung weiter zu veranlassen.

Die Abstimmungen mit den beteiligten Behörden ist vorab durchzuführen. Die entsprechenden Kosten zum Bau der Parkgarage Zaglau sind in den Haushalt entsprechend einzustellen bzw. anzupassen.

Mit 21 zu 2 Stimmen

**2.5. Vorstellung Masterplan "Neue Mitte" Neustadt**

Auf die Ausführungen im BA-Protokoll wird verwiesen.

*Herr Erster Bürgermeister Steindl stellt das Konzept für die weitere Stadtentwicklung in der Neustadt vor (auf beigefügte Anlage wird verwiesen).*

*Herr Dritter Bürgermeister Stranzinger merkt an, dass die Errichtung von Kreisverkehren in der Anton-Riemerschmid-Straße und Wackerstraße vor einigen Jahren bereits geprüft und zwar als möglich, aber für nicht sinnvoll erachtet wurde.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl erwidert, dass im Rahmen des zu erstellenden Verkehrsgutachtens dem Gutachter diese Planungen zur Bewertung mitgegeben werden sollen.*

*Herr Dritter Bürgermeister Stranzinger fragt an, ob auf die Gemeinde Mehring eingewirkt werden kann, die Ortsumfahrung nicht weiter zu blockieren. Um die Realisierung nicht weiter zu verzögern, sollte die Gemeinde Mehring gemeinsam mit der Stadt den Bau der Ortsumfahrung unterstützen.*

*Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl wird von Seiten der Obersten Baubehörde München ein Einweisungsverfahren eingeleitet werden, wenn die Gemeinde Mehring die Umstufung der Burgkirchener Straße weiterhin ablehnt. Im Rahmen des Abwägungsverfahrens kommt die Oberste Baubehörde zu dem Ergebnis, dass die Gemeinde Mehring wegen 3 – 4 km den bereits im Bundesverkehrswegeplans eingeplanten Lückenschluss der B20 zwischen Straubing und Freilassing nicht blockieren kann. Das auf Gemeindegebiet Mehring verlaufende Straßenstück wird dann von Seiten der Obersten Baubehörde eingezogen. Dieses Verfahren ist durchaus nicht unüblich, kostet jedoch viel Zeit. Herr Erster Bürgermeister Steindl beläuft sich die Verzögerung auf ca. 2 – 3 Jahre.*

**Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.**

Mit allen 23 Stimmen

**3. Finanzangelegenheiten**

**3.1. Vorbereitung des Rechnungsabschlusses 2018**

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

Zu Seite 31 – HHSt. 8803.3610 (Raitenhaslach – Investitionszuweisung)

*Der Haushaltseinnahmerest fällt weg, da dieser nur ein Jahr übertragbar ist. Im Haushaltsjahr 2019 sind 100.000 € veranschlagt. Falls noch weitere Zuschüsse eingehen, sind diese im Nachtragshaushalt zu veranschlagen.*

Zu UA 5430 (Reinigung und Reinigungspersonal für städtische Gebäude und Räumlichkeiten)

*Herr Stadtrat Schacherbauer weist darauf hin, dass es vor allem bei den Reinigungskosten durchweg zu hohen Überschreitungen (insgesamt rd. 90.000 €) kam.*

*Frau Hauser erwidert, dass dies mit Personalausfälle und der Erhöhung der Reinigungsflächen (insbesondere in den Schulen) zu begründen ist.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl ergänzt, dass sich die von einem extra dafür beauftragten Sachverständigen festgesetzten Reinigungszeiten als nicht realistisch herausgestellt haben. Aufgrund der ständigen Beschwerden von Seiten der Schulleitungen bzgl. der unzureichenden Reinigungsleistung wurden zusätzliche Mittel freigegeben, wissentlich, dass dies zu Kostensteigerungen nach sich zieht. Im Rahmen der anstehenden Neuausschreibung werden die Flächen neu berechnet und die Reinigungszeiten überarbeitet.*

*Herr Stadtrat Englisch (Schulreferent) sieht es als wichtig an, dass angemessene Reinigungszeiten angesetzt werden, um eine qualitätvolle Reinigung zu erhalten.*

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die beiliegende Vorbereitung des Rechnungsabschlusses 2018 wird beschlossen.

Mit allen 23 Stimmen

**3.2. Heilig-Geist Spitalstiftung; Jahresabschluss 2017**

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

**Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:**

Der Stadtrat nimmt von dem gemäß §§ 4, 5 Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) erstellten Jahresabschluss 2017 des Alten- und Pflegeheims der Heilig-Geist Spitalstiftung ohne Erinnerung Kenntnis und stellt das Rechnungsergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO fest.

Mit allen 23 Stimmen

Zu den Jahresabschlüssen 2017 des Heilig-Geist Spitals und der Heilig-Geist Spitalstiftung wird dem Ersten Bürgermeister und der Heimleitung die Entlastung erteilt.

(Herr Erster Bürgermeister Steindl hat an der Beratung und Abstimmung über die Entlastung gem. Art. 49 GO nicht teilgenommen).

Mit allen 22 Stimmen

**4. Sonstiges**

**4.1. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zum Trinkwasserschutz: Minderung von Nitrateinträgen in der Modellregion Burghausen/Burgkirchen - digitales Stickstoffmanagement und sensorgestützte Düngung - Vorstellung Prof. Dr. Hülsbergen / TU München**

Die TU München hat über den Lehrstuhl für Ökologischen Landbau und Pflanzenbausysteme, Leitung durch Herrn Prof. Dr. Kurt-Jürgen Hülsbergen, eine sog. Projektskizze an das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingereicht. Das Ziel ist, mit dem Projekt „Minderung von Nitratausträgen durch digitales Stickstoffmanagement und sensorgestützte Düngung“ in der Modellregion Burghausen/Burgkirchen, eine Förderung durch den Freistaat zu erreichen. Verbunden damit soll auch der Ausbau des ökologischen Landbaus als wesentlicher Bestandteil der Nitratreduzierung sein. Der evaluierende Forschungsbeirat wird im März 2019 die Skizzen (insgesamt 47) beurteilen – Ende 2019 wird die Entscheidung bekannt gegeben. Herr Prof. Dr. Hülsbergen stellt in der Sitzung das Projekt dar. Um das geplante Projekt vorbereiten zu können, schlägt Herr Prof. Dr. Hülsbergen der Stadt Burghausen vor, bereits 2019 zur Einleitung des Projektes, Gelder für Voruntersuchungen mit projektbefassten Mitarbeitern des Lehrstuhls bereit zu stellen. Die Leistungen wie Kontaktaufnahme mit Landwirten, Vorinformationen zur Umsetzung, Organisationsvorbereitungen, Evaluation und Bewertung des bestehenden Maßnahmenkatalogs etc., könnten laut Herrn Prof. Dr. Hülsbergen angeboten werden. Kosten von ca. 10.000 € wären von der Stadt Burghausen dafür aufzubringen.

*Herr Prof. Dr. Hülsbergen (Technische Universität München, Lehrstuhl für Ökologischen Landbau und Pflanzenbausysteme) stellt das Projekt vor.*

*Herr Stadtrat Dr. Blum weist darauf hin, dass die optischen Sensoren (Claas Crop, Fritzmeier ISARIA, Yara N-Sensor) zur Messung des Stickstoffgehaltes und des Einsatzes von Wachstumsreglern im Pflanzenbau bereits vorhanden sind, gut angenommen werden und künftig auch für Kleinbetriebe erschwinglich sein sollen. Herr Stadtrat Dr. Blum fragt nach, welche neuen Entwicklungen das Burghauser Projekt bringen soll.*

Herr Prof. Dr. Hülsbergen bestätigt, dass es seit vielen Jahren optische Sensoren gibt. Das Problem ist, dass die meisten Sensoren für die landtechnische Industrie entwickelt wurden und in falschen Wellenlängenbereichen messen. Damit die Sensoren gut funktionieren, bedarf es auch guter Algorithmen. Der Düngealgorithmus der bereits vorhandenen Systeme besteht u. a. darin, dass man selbst festlegen kann, wieviel Dünger an den jeweiligen Stellen ausgebracht wird. Daher sind einige dieser Systeme auch bereits in die Kritik gekommen, da die versprochenen Resultate nicht eingetreten sind. Die Arbeitsgruppe am Lehrstuhl führt seit 15 Jahren Düngeversuche in Bayern durch, um Erfolg bringende Algorithmen abzuleiten. Zudem können die bestehenden Systeme nur beim Weizen eingesetzt werden. Die Hauptproblematik besteht jedoch im Maisanbau, bei dem dieses System, im Gegensatz zu dem am Lehrstuhl entwickelten System, nicht eingesetzt wird. Herr Prof. Dr. Hülsbergen warnt jedoch auch davor, dass mit dem Einsatz von optischen Sensoren alle Probleme gelöst werden können. Der Einsatz dieser Sensoren ist nur ein Teil des Forschungsansatzes.

Der wesentlich größere und auch innovativere Teil ist die Untersuchung der Stickstoffkreisläufe. In dem neuen web-basierten Managementsystem können die Landwirte täglich die Stickstoffkreisläufe abfragen und auch nachvollziehen, wie diese Kreisläufe entstanden sind.

Herr Stadtrat Schacherbauer fragt nach, inwieweit die Umweltbedingungen vor Ort mit der regionalen Industrie für das Projekt relevant sind. Zudem ist in der Region eine eher kleinflächige Landwirtschaft vorzufinden. Hier stellt sich die Frage, wie das System in solchen kleinflächigen, oft im Nebenerwerb betriebenen Landwirtschaftsbetrieben umsetzbar ist und auch auf Akzeptanz stößt.

Herr Prof. Dr. Hülsbergen sieht die Umsetzungsbedingungen für günstig an. Eine entsprechende Anpassung des Modells, entsprechend der vorhandenen Standortbedingungen, muss jedoch noch erfolgen. Der Ansatz liegt darin, die gesamte Bandbreite (der vorhandenen Landwirtschaft kleinere, größere, Ökobetriebe, konventionelle Betriebe mit unterschiedlichen Strukturen und Flächenausstattung) zu analysieren. Der Vorteil ist, dass das Einzugsgebiet nicht allzu groß ist. Wünschenswert wäre natürlich, dass sich alle Landwirte an dem Projekt beteiligen. Eine nahezu flächendeckende Analyse würde hier eine neue Qualität darstellen. Die Flächengröße selbst ist für die Berechnung irrelevant.

Für Herrn Stadtrat Dr. Blum wäre es interessant zu wissen, wie viele Tiere die Region verträgt.

Laut Herrn Prof. Dr. Hülsbergen ist der Eingriff in den Tierbesatz immer ein schwieriges Thema. Grundsätzlich kann der richtige Tierbesatz für die Region genau ermittelt werden. Fest steht, dass ab einem gewissen Punkt eine Grenze erreicht ist. Der maximale Tierbesatz von 2 Großvieheinheiten je Hektar darf nach Ansicht von Herrn Prof. Dr. Hülsbergen nicht überschritten werden. Ideal für den Trinkwasserschutz wäre weniger als 1 Großvieheinheit in einer Region. Die Problematik besteht vor allem darin, dass die Gülle über viele Kilometer transportiert werden muss. Nicht betroffen hiervon ist die Haltung von Rindern. Rinder sind wichtig, um das Grasland zu erhalten. Wichtig in der Tierhaltung sind vor allem auch die gesamte Fruchtfolgeplanung und -optimierung bis hin zum Zwischenfruchtanbau. Mit den Zwischenfrüchten kann man den Stickstoffhaushalt mit beeinflussen, weil diese über den Winter wachsen und den aufgenommenen Stickstoff konservieren. D. h. aber auch, dass der erhalten gebliebene Stickstoff im Jahr darauf bei der Düngebemessung mitberücksichtigt werden müsste. Dies wird im Moment noch zu wenig durchgeführt.

Herr Stadtrat Strebel sieht den wesentlichen Vorteil des gesamten Projekts darin, dass man eine neue Qualität erhält. Zusammen mit Herrn Rauch (ehem. Projektleiter des Wasserschutzprogramms Burghausen/Burgkirchen –nun weitergeführt durch Frau Zaghdoudi) wurde der Maßnahmenkatalog für das Wasserschutzprojekt Burghausen/Burgkirchen entwickelt, um den Nitrateintrag in das Trinkwasser zu reduzieren. Inzwischen wurden jedoch neue Techniken zur Ausbringung von Gülle auf den verschiedenen Schlägen entwickelt, mit dem Ziel, weniger Mineraldüngung einsetzen zu müssen. Des Weiteren haben sich nahezu alle Kommunen im Landkreis Altötting an der Öko-Modellregion beteiligt. Für Herrn Stadtrat Strebel geht es aber nicht nur um den Einsatz von moderner, digitaler Technik. Der Lehrstuhl von Prof. Dr. Hülsbergen befasst sich auch mit dem ökologischen Landbau. Dieses Thema müsste im Rahmen eines weiteren Forschungsprojekts in den nächsten Jahren thematisiert werden. Herr Stadtrat Strebel bittet Herrn Prof. Dr. Hülsbergen die nächsten Schritte aufzuzeigen.

*Laut Herrn Prof. Dr. Hülsbergen kann davon ausgegangen werden, dass man in den nächsten Tagen von Seiten des Ministeriums aufgefordert wird, einen Projektantrag zu stellen. Dies wäre ein wichtiger Schritt, da dies auch eine Realisierung des Projekts näherbringen könnte. Das aktuelle Jahr sollte dafür genutzt werden, schon entsprechende Veranstaltungen in der Region durchzuführen und um den Kontakt mit den Landwirten aufzunehmen. Evtl. könnten auch schon die ersten Daten erfasst werden. Zudem sollen die bestehenden Maßnahmenkataloge überprüft werden.*

*Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Ersten Bürgermeister Steindl erwidert Herr Prof. Dr. Hülsbergen, dass der finanzielle Gesamtumfang des Projekts bei 750.000 € (brutto) für 3 Jahre liegt.*

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Der Stadtrat befürwortet prinzipiell das Vorhaben zum Trinkwasserschutz, über das im Sachverhalt dargestellte Programm zur Minderung des Stickstoffeintrages in das Grundwasser, im Raum Burghausen. Herr Prof. Dr. Hülsbergen wird gebeten, der Stadt ein Angebot über die vorgesehenen vorbereitenden Maßnahmen zu unterbreiten.

Mit allen 23 Stimmen

**4.2. Bestätigung des Kommandanten der freiwilligen Feuerwehr Burghausen und seines Stellvertreters**

Auf die Ausführungen im HA-Protokoll wird verwiesen.

**Entsprechend der Empfehlung fasst der Stadtrat folgenden Beschluss:**

Florian Hobmeier wird als Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Burghausen bestätigt.  
Andreas Spindler wird als stellvertretender Kommandant bestätigt.

Mit allen 23 Stimmen

**Anfragen/Sonstiges**

**1. (Teil-)Schließung der Notaufnahme am Krankenhaus Burghausen**

*Herr Stadtrat Dr. Braun kritisiert, dass erneut die Schließung bzw. Teilschließung der Notaufnahme am Krankenhaus Burghausen diskutiert wird. Begründet wird dies aufgrund eines von der Klinikleitung errechneten Minusbetrags für die Notaufnahme von ca. 1 Mio. € pro Jahr. Herr Stadtrat Dr. Braun spricht sich genauso wie die gesamte CSU-Fraktion ausdrücklich gegen eine Schließung der Notaufnahme aus. Die größte und wirtschaftsstärkste Region des Landkreises und die zum Teil ebenfalls finanzkräftigen Nachbargemeinden Burghausens verlieren mit der Schließung oder Teilschließung der Notaufnahme die letzte Möglichkeit, in einem medizinischen Notfall das Burghäuser Krankenhaus aufsuchen zu können. Zudem ist fraglich, ob der Notarztstandort in Burghausen in Zukunft gehalten werden kann. Schon jetzt können nicht mehr alle Dienste besetzt werden.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl entgegnet, dass diese Diskussion von Seiten des Landkreises (Herrn Landrat Schneider als Verwaltungsratsvorsitzender) gesteuert wird. Herr Erster Bürgermeister Steindl kämpft hier seit Jahren gemeinsam mit 2 – 3 anderen Verwaltungsratsmitgliedern für den Erhalt des Burghäuser Krankenhausstandorts. Ziel ist nachwievor, dass bei einem derartigen Arbeitnehmerstandort wie Burghausen eine Notaufnahme (evtl. zum Teil subventioniert) aufrechterhalten wird.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl will in den nächsten 4 – 6 Wochen eine interne Vorstandssitzung des Fördervereins Kreiskrankenhaus Burghausen e. V. einberufen, um mit einem abgestimmten Konzept die Burghäuser Position gegenüber Herrn Landrat Schneider zu verdeutlichen.*

*Herr Stadtrat Dr. Braun regt an, auch das Personal der Notaufnahme inkl. der Ärzte und Notärzte als direkt Betroffene anzuhören.*

**2. Übersicht über EU-geförderte Projekte**

*Frau Stadträtin Bachmeier bittet eine Liste mit den Projekten zu erstellen, die Seitens der Europäischen Union gefördert wurden.*

*Herrn Ersten Bürgermeister Steindl sind hier keine nachhaltigen Projekte bekannt sind. Eine große Chance würde hier im Bildungsbereich bestehen. Herr Erster Bürgermeister Steindl hat hier schon öfter angeregt, dass am Campus Burghausen fremdsprachige Vorlesungen angeboten werden, um europäische Fördermittel zu erhalten.*

**Herr Stadtrat Gassner verlässt die Sitzung.**

**3. Wacker Worldwide Magazin / Straßensanierung**

*Herr Stadtrat Dr. Blum weist darauf hin, dass im Wacker Worldwide Magazin Nr. 22/18 ein interessanter Bericht zum Thema Straßensanierung mit Produkten der Wacker Chemie veröffentlicht wurde. Demnach würde man bei der Sanierung von Straßen dreiviertel der Kosten einsparen und die Lebensdauer der sanierten Straßen um ein Vielfaches verlängern.*

**4. Haus der Familie und Parkgarage Zaglau / Vergabe Projektbetreuung und Projektüberwachung**

*Herr Stadtrat Schmidt-Thrö bittet darum, dass bei den Projekten Haus der Familie und Parkgarage Zaglau die Leistungsphasen 8 und 9 durch die Stadt Burghausen direkt vergeben werden.*

**Frau Stadträtin Spindler verlässt die Sitzung.**

**5. Bücherflohmarkt zugunsten des Frauen helfen Frauen e. V.**

*Frau Stadträtin Graf bedauert, dass der zugunsten des Vereins Frauen helfen Frauen organisierte Bücherflohmarkt in Zukunft nicht mehr durchgeführt werden soll. Frau Stadträtin Graf könnte sich gut vorstellen, mithilfe von engagierte Bürgerinnen und Bürger diesen Bücherflohmarkt wieder neu aufzustellen.*

*Frau Stadträtin Wasserrab weist daraufhin, dass für den Bücherflohmarkt mindestens 20 bis 25 (teils fachkundige) Helfer benötigt werden, die von morgens 8 Uhr bis nachmittags 16 Uhr anwesend sind, um die Bücher annehmen und sortieren. Der Versuch von Frau Munt (Organisatorin), neue Helfer zu akquirieren scheiterte eben aufgrund des hohen Arbeitspensums.*

*Laut Herrn Ersten Bürgermeister Steindl soll hierzu ein Aufruf über einen Presseartikel erfolgen.*

**6. ehem. Molkerei-Grundstück - Kunstwerk Bilderrahmen**

*Herr Stadtrat Kammhuber fragt an, ob das durch einen Sturm umgestürzte Bilderrahmen-Kunstwerk wiederaufgebaut werden kann.*

*Herr Erster Bürgermeister Steindl verneint dies, da die Holzkonstruktion durchwegs verfault ist.*

7. Veranstaltungen Ankersaal / Resonanz

*Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stadtrat Kammhuber erwidert Herr Erster Bürgermeister Steindl, dass der Ankersaal sehr gut angenommen wird. Bei den Veranstaltungen im März konnten insgesamt 1.500 Besucher verzeichnet werden. Es konnten auch bereits für die Dauer von 5 Jahren Sponsorenverträge i. H. v. 40.000 € jährlich abgeschlossen werden.*

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:25 Uhr

Burghausen, 10.04.2019

**STADT BURGHAUSEN**

**HANS STEINDL  
ERSTER BÜRGERMEISTER**

**CHRISTIAN EDENHOFFER  
PROTOKOLLFÜHRER**